

Zu schlampig, zu ablehnend

Berliner beschwerten sich beim Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses besonders häufig über die Jobcenter

VON ANNE VORBRINGER

Lange Bearbeitungszeiten und unvermeidbare Fehler: Wenn sich die Berliner mit einer Beschwerde an den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses wenden, dann geht es besonders häufig um die Arbeit der Jobcenter. Im Ausschuss sind von November 2007 bis November 2008 genau 1 683 Bürgerproteste eingegangen, 267 davon betrafen die Jobcenter.

„Die steigende Zahl von Fällen zeigt, dass es dort nach wie vor große Probleme gibt“, sagte Ralf Hillenberg (SPD), der Vorsitzende des Ausschusses. Außerdem würden knapp 60 Prozent der Eingaben vom Petitionsausschuss mit Erfolg bearbeitet – Fälle, bei denen die Jobcenter ihre Entscheidungen zurücknehmen müssten. Das zeige, dass sie schlampig oder zu ablehnend gearbeitet hätten. „Das stimmt etwas im System nicht“, so Hillenberg. Denn im Gesamtschnitt hat der Ausschuss lediglich eine Erfolgsquote von 26 Prozent.

Die meisten Beschwerden betreffen das Jobcenter Neukölln. 47 Beschwerden sind eingegangen, in 72 Prozent der Fälle konnte der Ausschuss den Bürgern helfen. Sozialstadtrat Michael Büge (CDU) zeigte sich wenig überrascht: „Wir

haben es mit einem der größten Jobcenter Deutschlands und mit 40 000 Bedarfsgemeinschaften zu tun“, sagte er. Es habe Lücken in der Organisation gegeben. Das habe sich jedoch seit Ende 2008 geändert. So sei mit einem Geschäftsführerwechsel im Jobcenter ein strafferes Beschwerdemanagement eingeführt worden.

„Die Wege für eine Beschwerde im Jobcenter sind deutlich vereinfacht und verkürzt worden“, so Büge. Auch die Bearbeitungszeiten seien in Neukölln geringer geworden. „Ich gehe davon aus, dass diese Maßnahmen zu einer Verbesserung der Situation führen werden“, sagte der Stadtrat.

Häufig ging es bei den Beschwerden über die Jobcenter um lange Bearbeitungszeiten, aber auch um Wohngeld, den Abzug der Warmwasserpauschale oder die Anrechnung von Betriebs- und Heizkostenguthaben. Nicht nur in Neukölln, auch in Treptow-Köpenick, Spandau und Steglitz-Zehlendorf mussten die Jobcenter ihre Entscheidungen nach der Intervention des Petitionsausschusses in mehr als 70 Prozent der Fälle korrigieren.

Beschwerden an den Petitionsausschuss kamen auch aus der Fi-

nanzverwaltung und den Finanzämtern über den scheidenden Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD). Dabei geht es um die Bewertung der Arbeit der Beamten, die den Beschwerden zufolge in der Finanzverwaltung besonders streng erfolge, während in anderen Senatsverwaltungen deutlich lockere Maßstäbe angelegt würden. Bei Bewerbungen fühlen sich die Finanzbeamten dadurch gegenüber anderen Beamten benachteiligt. Der Petitionsausschuss fordert nun von allen Senatsverwaltungen eine Liste der Bewertungsstufen an, um zu klären, ob Sarrazin besonders streng oder alle anderen Verwaltungen ihre Mitarbeiter zu lax bewerten.

Kritik äußerte Hillenberg an Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linke). Sie verweigere einem Rentner zu Unrecht die Anerkennung von sechs Jahren Verfolgung in der DDR. In dieser Zeit musste der Mann aus politischen Gründen für ein deutlich geringeres Gehalt arbeiten, so dass er jetzt weniger Rente erhalte, als ihm eigentlich zustünde. Der Ausschussvorsitzende warf Knake-Werner vor, dass sie sich nicht über die Entscheidung ihrer Verwaltung hinweggesetzt habe.